



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
24.05.2025 Potsdamer Neueste Nachrichten: Atomkraft, ja bitte?	4
24.05.2025 ZEIT online: Kernenergie: USA wollen Atomstrom bis 2050 vervierfachen	6
23.05.2025 Kreiszeitung: Eitzendorf im Rennen für Atommüll-Endlager: Wird der Standort jemals feststehen?	7
21.05.2025 pro-physik.de: Wie genutzte Brennstäbe altern	9
24.05.2025 Galaxy Oberfranken: Endlagersuche: so ist die aktuelle Situation	10

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

# Atomkraft, ja bitte?

## Der Film „Spaltung“ seziert eine Gretchenfrage

Eigentlich sollte dieser Film einer über Verschwörungstheorien werden. Als der Regiestudent João Pedro Prado und der Kameramann Anton Yaremchuk 2020 das erste Mal über ein Abschlussprojekt nachdenken, hat die Coronapandemie gerade das Land in die Zange genommen. Sie reden über die gesellschaftliche Stimmung in dem Land, in dem beide nicht geboren, aber von der Filmuniversität Babelsberg ausgebildet wurden. Sie reden über Spaltung.

Der Film, den die beiden heute, fünf Jahre später, bei dem Festival „Green Visions“ vorstellen, trägt tatsächlich die „Spaltung“ im Titel. Anders als 2020 gedacht, hat das Wort jedoch eine weitere Bedeutung hinzugewonnen. „Spaltung“ geht der Frage nach, wie die Debatte um Kernenergie Deutschland und ganz Europa zerreißt. Denn auch wenn es hierzulande wirken kann, als sei die Sache ausdiskutiert: Andernorts flammt die Begeisterung für AKWs gerade erst auf. In Polen zum Beispiel. Oder in der Ukraine. Dem Land, das Tschernobyl überleben musste.

Die Ukraine ist Anton Yaremchuks Herkunftsland. Als er 2008 neunzehnjährig nach Berlin kommt, ist er wie selbstverständlich auch auf Anti-Atomkraft-Demos unterwegs. „Ich hab das einfach so übernommen“, sagt er heute. „Erst ein paar Jahre später habe ich gemerkt, dass ich Positionen vertrete, ohne sie genau zu kennen.“ Mit der Völlinvasion Russlands 2022 entscheidet er sich, zurückzugehen. Er gründet die Organisation Base UA, die Zivilisten und Militär in der Ukraine unterstützt.

„Ohne Atomkraft wäre die Ukraine untergegangen“

„Spaltung“ ist für Anton Yaremchuk ein Versuch, der deutschen Debatte um Atomkraft wieder zu Komplexität zu verhelfen. „Das Problem ist heute, dass man immer versucht, zu vereinfachen. Dabei sind die Kontexte extrem wichtig.“ Die Ukraine etwa beziehe 60 Prozent ihres Stroms aus Atomkraft. „Ohne Atomkraft wäre die Ukraine komplett untergegangen. Aber es gibt Länder, wo Atomkraft keinen Sinn macht.“ Auf solche Präzisierungen komme es an.

Für João Pedro Prado, geboren 1994 in São Paulo und mit „Ash Wednesday“ bereits auf der Berlinale zu Gast gewesen, ist „Spaltung“ auch ein Film darüber, wie Deutschland von seinen Nachbarn gesehen wird. Ein Film über deutschen „Messianismus“, deutsches „Beserwusstsein“. „So zu tun, als wäre der deutsche Blick der der ganzen Welt, wäre falsch.“

Der Film stellt zwei Orte gegenüber: das schwäbische Gundremmingen und den polnischen Ostseeort Choczewo. Gundremmingen hatte einst das leistungsstärkste AKW Deutschlands, es wurde 2021 stillgelegt. In Choczewo soll 2033 das erste polnische Atomkraftwerk in Betrieb genommen werden.

„Spaltung“ zeigt bewusst keine Experteninterviews, sondern Menschen, deren Alltag mit Atomkraft verbunden ist. In Gundremmingen den ehemaligen AKW-Mitarbeiter auf seiner Terrasse, im Hintergrund die massiven Türme des Werks. Oder die ehemaligen Atomgegner mit Gitarre und Meditationsritual auf einer Wiese, im stillgelegten Werk. In Polen eine jugendliche Aktivistengruppe, die für das künftige Werk demonstriert und zur Debatte bis nach Berlin reist.

Atomgegner tragen in diesem Film Falten, den Befürwortern scheint die Zukunft zu gehören. Eine erfrischend un-deutsche Sicht auf die Dinge. Auch Werbematerial aus der Zeit der Eröffnung des AKWs in Gundremmingen von 1966 wird gezeigt. Und, in harten Schnitten, triumphierende Gegner, militante Befürworter. „So extrem polarisiert das Thema nur in Deutschland“, sagt Prado. Auch das will „Spaltung“ abbilden.

Was kann der Film erreichen, idealerweise? „Vielleicht wäre es gut, wenn wir uns zu bestimmten Sachen künftig nicht äußern, wenn wir keine Ahnung haben“, sagt Yaremchuk. „Denn auch das ist ein gesellschaftliches Problem: Man hat das Gefühl, man muss immer zu allem sofort eine Meinung haben.“

\*\*\*

„Spaltung“, der Abschlussfilm der Filmuni-Studenten João Pedro Prado und Anton Yaremchuk, ist heute beim Filmfestival Green Visions zu sehen.

### Infobox

#### Green Visions

Das Festival Green Visions Potsdam findet bis 25. Mai im Filmmuseum Potsdam und an weiteren Veranstaltungsorten in Potsdam statt. Tickets unter [greenvisions-potsdam.de](https://greenvisions-potsdam.de).

„Spaltung“ läuft am heutigen Samstag um 20.30 Uhr im Filmmuseum, in Anwesenheit des Regieteams. Vor dem Film hält der Nachhaltigkeitsexperte Bernd Hirschl einen Impulsvortrag zu Kernenergie.

Wörter: 612  
Autor/-in: Lena Schneider  
Seite: B7  
Ressort: Kultur  
Rubrik: KULTUR IN POTSDAM  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
Ausgabe: Einzelausgabe  
Auflage: 3.037 (gedruckt)<sup>1</sup>  
4.854 (verkauft)<sup>1</sup>  
5.095 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,0193 (in Mio)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 04/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2024

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 ZEIT online

## Kernenergie: USA wollen Atomstrom bis 2050 vervierfachen

24. Mai 2025 02:00 | Medienart: Online | Visits/Monat: 74.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

US-Präsident Trump hat Dekrete unterzeichnet, mit denen in den USA bald deutlich mehr **Atomstrom** fließen soll. Die Regierung spricht von einer "Renaissance der **Atomkraft**". US-Präsident Donald Trump hat neue Dekrete unterzeichnet, um die **Atomkraft** in den USA auszubauen und die Menge des mit **Atomenergie** erzeugten Stroms innerhalb von 25 Jahren zu vervierfachen. Die Maßnahmen sollen den Bau neuer **Atomkraftwerke** erleichtern, Genehmigungen beschleunigen und die Forschung zu Reaktordesigns unterstützen. Trump will auch die heimische Uranproduktion fördern. Kritiker halten das Ziel, bis 2050 viermal so viel **Atomstrom** zu produzieren, für unrealistisch. Die USA sind der größte **Atomstromproduzent** der Welt, aber viele Reaktoren sind veraltet. Ein **Atomkraftwerk** nahe Middletown im US-Bundesstaat Pennsylvania: Der stillgelegte Meiler soll 2028 wieder ans Netz gehen und Strom für Microsoft liefern.

US-Präsident Donald Trump hat eine Reihe neuer Dekrete unterzeichnet, mit denen er die **Atomkraft** in den Vereinigten Staaten deutlich ausbauen will. Ziel sei es, die Menge des mit **Atomenergie** erzeugten Stroms innerhalb der nächsten 25 Jahre zu vervierfachen, sagte ein ranghoher Vertreter der US-Regierung. "Amerika bringt eine Renaissance der **Atomkraft** in Gang", hieß es aus dem Weißen Haus.

Die USA wollten wieder "eine echte Macht" in der **Nuklearbranche** werden, sagte Trump. Seine Dekrete sollen nun den Bau neuer **Atomkraftwerke** erleichtern, Genehmigungen beschleunigen und neue Forschung zum Design von Reaktoren unterstützen. Zudem will die US-Regierung heimisches Uran für die Brennstäbe von **Atomkraftwerken** fördern und anreichern. Bisher sind die Vereinigten Staaten auf Importe angewiesen.

Trumps neue Dekrete befahlen dem Energieministerium unter anderem, sich dafür einzusetzen, bis 2030 den Bau von zehn "neuen, großen Reaktoren" zu unterstützen. Das Ministerium solle sich auch dafür einsetzen, den Strom aus **Atomkraft** zum Betrieb von Rechenzentren für Künstliche Intelligenz einzusetzen. Das US-Militär wird angewiesen, innerhalb von drei Jahren ein **Atomkraftwerk** auf einem heimischen Stützpunkt zu bauen. Dekrete des US-Präsidenten

In den USA haben Präsidenten die Möglichkeit, per Dekret verbindliche Anordnungen für Behörden zu erlassen und bestehende Gesetze zu präzisieren oder weiterzuentwickeln. Auch den nationalen Notstand kann der Präsident durch eine sogenannte Executive Order verhängen.

Vielen US-Präsidenten wurde vorgeworfen, per Dekret zu regieren. Da die sogenannten Executive Orders nicht den Gesetzgebungsprozess durchlaufen, hat der Präsident die Möglichkeit, durch den Rückgriff auf

Dekrete den Kongress zu umgehen. Zwar kann der Kongress Entscheidungen des Präsidenten durch neue Gesetze ersetzen oder Geld zurückhalten, um die Umsetzung eines präsidentiellen Dekrets zu verhindern. Dagegen kann jedoch wiederum der Präsident sein Veto einlegen. Dieses kann nur durch eine Zweidrittelmehrheit des Kongresses überstimmt werden.

Dekrete bleiben so lange in Kraft, bis der Präsident selbst oder sein Nachfolger sie aufhebt. Auch Gerichte können Dekrete für nichtig erklären, wenn sie sie als Verstoß gegen die Verfassung einstufen. Donald Trumps Dekret zur Abschaffung des Rechts auf Staatsbürgerschaft durch Geburt in den USA etwa wurde bereits von mehreren Gerichten gestoppt.

Bereits in seiner ersten Amtszeit hatten Gerichte mehrere von Trumps Dekreten außer Kraft gesetzt. So hoben Richter wesentliche Bestimmungen des sogenannten Muslim Ban auf, mit dem Trump wenige Tage nach seinem Amtsantritt 2017 Einreiseverbote für Menschen aus mehrheitlich muslimischen Ländern erlassen hatte. Trump hob das Dekret schließlich auf und ersetzte es durch ein neues, das ebenfalls Einreiseverbote enthielt. Dieses Dekret hob sein Nachfolger Joe Biden am Tag seiner Amtseinführung 2021 auf. Trump wies Befürchtungen zurück, ein beschleunigter Bau von Atomanlagen stelle ein Sicherheitsrisiko dar. "Wir werden es sehr schnell und sehr sicher machen", sagte er. "Es ist Zeit für Nuklearenergie, und wir machen es sehr groß." Nach seiner Vereidigung am 20. Januar hatte Trump einen "Energienotstand" ausgerufen, um die Öl- und Erdgasförderung auszuweiten.

Beobachter halten Trumps Ziel, bis 2050 viermal so viel Atomstrom zu produzieren wie bisher, angesichts der dafür nötigen Investitionen und Genehmigungen für wenig realistisch. Unklar ist auch, woher die Abnehmer für eine solche Produktionsausweitung kommen sollten.

Bereits die vorige US-Regierung unter Präsident Joe Biden setzte sich für einen Ausbau der Atomkraft ein und billigte steuerliche Anreize zum Unterhalt der Atomanlagen. Anders als Trump hatte die Biden-Regierung aber auch auf Klimaschutz und den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie gesetzt.

Kernkraftwerke in den USA decken knapp 20 Prozent der Stromproduktion ab. Die USA sind weltweit der größte Atomstromproduzent mit aktuell 93 Reaktoren an 54 Standorten. Die Reaktoren gelten jedoch als veraltet. Sie sind nach Angaben der Regierung im Schnitt gut 40 Jahre alt.

Seit 1978 sind in den Atomkraftwerken nur zwei neue Reaktoren ans Netz gegangen. Das liegt vor allem daran, dass der Bau der Kraftwerke langwierig und sehr kostspielig ist. Zudem ist die Rentabilität der Reaktoren angesichts anderer verfügbarer Stromquellen nicht gesichert.

## Eitzendorf im Rennen für Atommüll-Endlager: Wird der Standort jemals feststehen?

23. Mai 2025 18:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

23.05.2025, 18:00 Uhr Das Teilgebiet Eitzendorf ist 26 Quadratkilometer groß und wird von der Bundesgesellschaft für Endlagerung als potenzieller Standort für ein Atommüll-Endlager in Betracht gezogen.  
© privat

Eitzendorf könnte Standort für ein Atommüll-Endlager werden, doch die Entscheidung zieht sich hin. Die Bürgerinitiative Eitzendorf zweifelt an der Glaubwürdigkeit der Terminangaben.

Eitzendorf ist immer noch bei der Suche nach einem potenziellen Atommüll-Endlager-Standort im Rennen. Bis aber tatsächlich feststeht, wo genau die hoch radioaktiven Abfälle Deutschlands zukünftig untergebracht werden, wird es noch dauern. Wie lang genau, scheint aktuell nicht absehbar zu sein.

Ursprünglich sollte der Standort bis 2031 feststehen. Doch schon länger ist klar, dass dieser Termin nicht einzuhalten ist. Stattdessen sei das Ziel auf 2036 spätestens aber auf 2068 angehoben worden, informiert die Bürgerinitiative (BI) Eitzendorf auf Nachfrage der Mediengruppe Kreiszeitung. 2023 ist in diesem Zusammenhang sogar das Jahr 2074 genannt worden. Seit einigen Monaten ist das Jahr 2050 im Gespräch. „Der Bürger mag sich sein eigenes Bild über die Glaubwürdigkeit der Daten machen“, rät Volker Wollschläger, Sprecher der Initiative.

Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zuständig

Für die Suche nach diesem Standort ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) zuständig. Ebenso für den Bau, Betrieb und Verschluss des späteren Endlagers. Die hoch radioaktiven Abfälle sollen im tiefen Untergrund für eine Million Jahre untergebracht werden. Die tiefengeologische Lagerung sei die nach aktuellem Forschungsstand sicherste Methode, schreibt die BGE auf ihrer Webseite. Infrage kämen dafür laut Standortauswahlgesetz grundsätzlich die Wirtsgesteine Steinsalz, Tongestein und Kristallingestein. Denn diese hätten Eigenschaften, die geeignet seien, die Abfälle sicher einzuschließen. 90 Teilgebiete, welche insgesamt 54 Prozent der Fläche Deutschlands ausmachen, hatte die BGE dafür zunächst in Betracht gezogen. Es hätten sich jedoch einige dieser Gebiete als ungeeignet oder als gering geeignet herausgestellt und seien ausgeschlossen worden, berichtete Dagmar Dehmer von der BGE im vergangenen Jahr, als sie auf Einladung der Bürgerinitiative Eitzendorf nach Hilgermissen gekommen war.

Damit bleibe das Teilgebiet Eitzendorf mit einer Größe von 26 Quadratkilometern ein möglicher Standort von 77, informiert die BI. Es weist den Wirtsgesteinstyp Steinsalz auf. Steinsalz habe sich jedoch als hochriskant herausgestellt. „Wenn man die Sachlage objektiv betrachtet, gerade mit den negativen Ergebnissen Gorleben und Asse, dann scheiden die 69 Salzstöcke – also auch Eitzendorf – aus. Wir sind fest davon überzeugt, dass Salzstöcke nicht mehr infrage kommen dürfen, denn es wurden bereits für

Gorleben und Asse 6,7 Milliarden Euro zum Fenster herausgeworfen. Gerade in Zeiten knapper Staatskassen darf ein solches Risiko nicht noch einmal angegangen werden“, sagt Wollschläger. Die Bürgerinitiative Die Bürgerinitiative (BI) Eitzendorf gründete sich am 26. November 2021. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, das **Atommüll-Endlager** in dem Ort zu verhindern und die Windenergie maßvoll und unter Beteiligung der Bewohner auszubauen. Weitere Informationen zu der Gruppe gibt es online unter [www.buergerinitiative-eitzendorf.com](http://www.buergerinitiative-eitzendorf.com).

com.

Ob das **Atommüll-Endlager** direkt unterhalb von Ortschaften liegen könne, habe Dagmar Dehmer bei der Versammlung der BI 2024 mit einem klaren „Ja“ beantwortet, möchte Wollschläger noch einmal betont wissen. Demnach seien die rund 1 000 Einwohner in Magelsen, Wienbergen und Eitzendorf kein Hindernisgrund für einen eventuellen Bau.

Die Bürgerinitiative hat selbst eine Analyse der 90 Teilgebiete vorgenommen und kam zu dem Ergebnis, dass bei Ausschluss der Salzstöcke aktuell nur noch acht Teilgebiete mit einer Gesamtgröße von zirka 210 000 Quadratkilometern für den **Endlager**-Standort in Betracht gezogen werden dürften. „Die BI ist aber nicht Entscheidungsträger, stattdessen wird die **BGE** dem Bundestag irgendwann Vorschläge unterbreiten, die zur Abstimmung kommen“, so Wollschläger, der findet, dass der Entscheidungsfindungsprozess bei der **BGE** schwer verständlich sei und unverhältnismäßig in die Länge gezogen werde.

### Drei Phasen der Suche

Irgendwann scheint das richtige Stichwort zu sein. Denn aktuell befindet sich die Standortsuche noch immer in der ersten von insgesamt drei Phasen. Nach Angaben der Bürgerinitiative sollen im November weitere Teilgebiete ausscheiden. „Wir hoffen, dass Eitzendorf dann herausfällt“, meint Volker Wollschläger und kündigt an, dass die BI dazu im November oder Dezember informieren möchte. Eine öffentliche Veranstaltung seitens der Gruppe sei aber für dieses Jahr nicht geplant.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 [pro-physik.de](http://pro-physik.de)

## Wie genutzte Brennstäbe altern

21. Mai 2025 00:00 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

## Forschungsprojekt widmet sich der Sicherheit von hochradioaktiven Abfällen in trockenen Langzeit-Zwischenlagern.

Sieben Monate lang hat die BGZ – Gesellschaft für Zwischenlagerung in einem Forschungsprojekt Brennstäbe in einer heißen Zelle künstlich altern lassen. Im nächsten Schritt werden diese nun experimentell untersucht. Mit den gewonnenen Daten werden weitere Erkenntnisse über das Verhalten von bestrahlten Brennelemente aus dem Kernkraftwerk-Betrieb gewonnen. Diese sind von großer Bedeutung für die verlängerte Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle.

„Eine Wärmebehandlung der Brennstäbe über mehrere Monate hinweg ermöglicht uns völlig neue Untersuchungsmöglichkeiten und Erkenntnisse zum Langzeitverhalten bestrahlter Brennelemente“, sagt Maik Stuke, Leiter des BGZ-Forschungsprojekts LEDA (Long-Term Experimental Dry Storage Analysis). Bislang wurden solche Wärmebehandlungen nur über wenige Stunden oder Tage durchgeführt. „Das liegt daran, dass eine solche Behandlung sehr aufwendig und fehleranfällig ist“, erläutert Stuke.

Eine detaillierte Planung und umfangreiche Tests im Vorfeld sorgten für einen reibungslosen Ablauf und erfolgreichen Abschluss der Wärmebehandlung. Dabei wurden Abschnitte von sechs bestrahlten Brennstäben über sieben Monate in den Laboren der Firma Studsvik in Schweden einem bestimmten Temperaturverlauf ausgesetzt. Dieser folgt dem Temperaturverlauf, der im Inneren der Behälter herrscht, die die BGZ in ihren Zwischenlagern aufbewahrt. So können Alterungseffekte der Brennstäbe detailliert untersucht werden, ohne Behälter öffnen zu müssen.

Im nächsten Schritt werden nun die mit Wärme behandelten Brennstäbe analysiert und die daraus gewonnenen Daten interpretiert. Im Rahmen des Forschungsprojekts werden weitere bestrahlte Brennstäbe untersucht, darunter auch solche aus deutschen Kernkraftwerken.

Mit dem Vorhaben möchte die BGZ die Frage beantworten, wie sich bestrahlte Brennelemente in der trockenen Zwischenlagerung über einen langen Zeitraum verhalten. Die Ergebnisse aus den Untersuchungen fließen in die Genehmigungsanträge für die verlängerte Zwischenlagerung ein, in denen das bundeseigene Unternehmen die Sicherheit der Aufbewahrung der hochradioaktiven Abfälle nach dem jeweils aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik nachweisen muss.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Galaxy Oberfranken

## Endlagersuche: so ist die aktuelle Situation

24. Mai 2025 07:22 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Es bleibt wohl dabei: Das RadioEINS-Land ist als **Endlager** für hoch radioaktiven **Atommüll** nicht geeignet. Aber es gibt noch einige Gebiete in der Region, die noch beurteilt werden müssen, sie sind auf der Übersichtskarte der Bundesgesellschaft für **Endlagersuche** (BGE) noch nicht bunt eingefärbt. Auch der aktuelle Arbeitsbericht der oberfränkischen Koordinierungsstelle (für die **Endlagersuche**) zeigt, dass noch nicht alle Gebiete im Bezirk bearbeitet sind. Die Standortregionen sollen bis 2032 feststehen.

weitere Infos:

---